

Die linke Lügenpropaganda kommt nicht an

Von Dieter Grillmayer

Nach einer vierwöchigen „Auszeit“ (Nordlandreise von 8. Juni bis 3. Juli) habe ich mich wieder in die österr. Innenpolitik „eingelesen“ bzw. bin in den Sumpf der medialen Berichterstattung darüber eingetaucht. Vorweg, und das ist das Erfreuliche an der Sache: Laut www.neuwal.com liegen die beiden Regierungsparteien nun schon seit Monaten bei den Umfragen aller Institute stabil bei zusammen 58 Prozent (ÖVP 33 %, FPÖ 25 %). Die im Folgenden beispielhaft kommentierte Lügenpropaganda der „Roten“ und der „Grünen“ – die Pilz-Liste kann man wohl schon vergessen – hat im Meinungsklima der österr. Bevölkerung also bis dato keinen Niederschlag gefunden.

Zwölf-Stunden-Tag und Sechzig-Stunden-Woche

Für wie blöd halten SPÖler und ÖGBler das Wahlvolk eigentlich, dass dieses einer ÖVP-FPÖ-Regierung tatsächlich zutrauen könnte, die Arbeitnehmerschaft wieder zu entrechten und auszubeuten, wie das letztens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „normal“ war? Die Arbeitszeitflexibilisierung ist eine höchst sinnvolle Maßnahme, um den Wirtschaftsstandort zu stärken, kein Arbeitnehmer kann zu etwas gezwungen werden, was über den 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche hinausgeht, in zahlreichen Berufen gibt es bereits 12-Stunden-Schichten – und was, viel zu wenig laut gesagt, das Allerwichtigste ist: In vier EU-Ländern, darunter Schweden und Dänemark, beträgt die maximal erlaubte Tagesarbeitszeit 13 Stunden, in drei weiteren EU-Ländern 12 Stunden wie künftig in Österreich. Wie konnte es nur zu einer derart „arbeitnehmerfeindlichen“ und „gesundheitsschädigenden“, einzig und allen dem Arbeitgeberinteresse dienenden Regelung in Ländern kommen, die als ausgesprochen „sozial“ gelten und die zum Teil auch von Sozialdemokraten regiert werden?

Die Hetze gegen den Innenminister

Mit Bezug auf die Zitierung höchst vertraulichen Materials in diversen Zeitungen sagte Innenminister Herbert Kickl in der ORF-Sendung „Report“ zur Causa Bundesverfassungsschutz: *Dort wo nämlich Verunsicherung betrieben wird, das ist nicht das Innenministerium und das ist auch nicht die Justiz, sondern das sind selbst ernannte Aufdecker, das sind gewisse Medien, die sich jeden Tag darum bemühen, irgendwelche Dinge, die als geheim eingestuft sind, die eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, in die Öffentlichkeit zu bringen, um dort irgendwelche, ja sagen wir einmal sehr sehr unvollständige Darstellungen des tatsächlichen Sachverhalts zu geben.*

Das nahmen die Chefredakteure von fünf Tageszeitungen bzw. Wochenmagazinen („Kurier“, „Die Presse“, Der Standard“, „NEWS“ und „profil“) am 1. Juli zum Anlass, dem Innenminister in Leitartikeln einen Anschlag auf die Pressefreiheit in Österreich zu unterstellen. Können diese Damen und Herren nicht zwischen einer zweifellos richtigen Feststellung und einer Androhung von Zensurmaßnahmen unterscheiden? Haben sie verdrängt, dass das BVT schon seit Ernst Strassers Zeiten den Ruf hat, ein „Intrigantenstadl“ zu sein? Und wenn der ressortzuständige Minister dann seine Verantwortung wahrnimmt, dann wird er sofort unlauterer Motive verdächtigt, weil er ja ein „Freiheitlicher“ ist. (Die Warnungen, dass man „solchen Leuten“ keine Geheimdienste anvertrauen kann, müssen ja doch irgendwie erhärtet werden.) Auch hier frage ich mich: Für wie blöd halten unsere Journalisten einen ansonsten auch von ihnen als durchaus clever eingeschätzten Mann, dass der sich solche Blößen gibt, wie sie ihm laufend unterstellt werden?